

Danziger Zeitung.

Nr. 18638.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-geplastene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Das Gesetz betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung.

V.

Das bei der Handhabung dieses Gesetzes in den verschiedenen Städten zu beobachtende Verfahren, mit dem wir uns zum Schluß zu beschäftigen haben, ist, wie das in der Natur der Sache liegt, complicit und schwierig. Es wird des besten Willens aller Beihilfen bedürfen, um zu halbwegs erträglichen Zuständen zu gelangen. Und dennoch wird des Schreibens und Instruiren und Decretirens kein Ende sein, und es ist einstweilen überhaupt noch nicht abzusehen, ob mit dem vorhandenen Personal auf dem flachen Lande auch nur das Nothdürftigste geleistet werden soll.

1. Was zunächst die Renten anlangt, so werden dieselben niemals von Amts wegen, sondern immer nur auf Antrag derjenigen, welche den Anspruch erheben, festgestellt. Den Antrag hat der Versicherte bei der unteren Verwaltungsbörde seines Wohnortes zu erheben (in den Städten bei dem Magistrat) und dabei diejenigen Beweistücher, welche er zur Begründung des Anspruchs für zweckdienlich erachtet, beizufügen. Die Behörde hat das Verschaffen einzuleiten und dabei, soweit es sich um Invalidenrenten handelt, nicht nur die örtlichen zuständigen Vertrauensmänner der Versicherungsanstalt zu hören, sondern auch dem Vorstand der Orts-, Betriebs- und Krankenkassen, welcher der Antragsteller angehört, Gelegenheit zur Außerung zu geben. Nach Abschluß der Verhandlungen soll die Behörde, welche eventuell weitere Erhebungen anstellen kann, sich gutachtlisch zur Sache äußern und mit dieser Außerung das gesammte Material dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt einsenden, an welche ausweislich der Quittungskarte zuletzt Beiträge gezahlt sind. Dieser Vorstand hat den Antrag zu prüfen, erforderlichstens weitere Erhebungen zu veranlassen und, wenn der Antrag an sich begründet erscheint, die Höhe der Rente festzustellen. Dem Antragsteller ist ein schriftlicher Bescheid zu ertheilen. Letzterer muß die Berechnung der Berufungsfrist und des Schiedsgerichtsvorstandes und, wenn der Anspruch abgelehnt wird, die Ablehnungsgründe, im übrigen aber die Art der Berechnung der Rente ergeben. Bescheide, durch welche die Rente festgesetzt wird, sind auch dem Staatscommissar abschriftlich mitzutheilen. Die Gliederung des Instanzenzuges (Schiedsgericht, Rechtsversicherungsamt) haben wir bereits bezeichnet; die Rechtsmittelfrist beträgt durchweg 4 Wochen.

Ist eine Rente festgesetzt, sei es vorbehaltlich von Rechtsmitteln oder endgültig, so hat der Vorstand dem Berechtigten einen Berechtigungsausweis auszustellen und gleichzeitig der Postverwaltung eine Zahlungsanweisung zu ertheilen. Die Post zahlt vorschlußweise, rechnet aber demnächst nicht, wie bei der Unfallversicherung, mit den einzelnen Versicherungsanstalten, sondern mit dem Rechnungsbureau ab. Die Post erhält für ihre Mühelosigkeit und ihre Auslagen keine Vergütung, jedoch kann sie von der Versicherungsanstalt einen Betriebsfonds einzehlen und aus diesem die Vorschüsse leisten.

2. Für die Erhebung der Beiträge hat man bekanntlich das Markensystem gewählt,

um die unlesbar schwierige und verwickelte Frage so einfach als möglich zu lösen. Das Markensystem wurde dann aber seinerseits Ursache, daß man zunächst eine Einheitsrente vorschlug (Grundzüge) und überhaupt von dem Gedanken stärkerer Individualisierung und Abstufung der Versicherung sich auch im Gesetze selbst losläßt. Das Markensystem hat dann auch die gerechtsfertigte Angst der Arbeiter vor dem Arbeitsbuch verursacht, die jetzt viel weniger durch die Strafbestimmungen als durch die Einführung der Quittungskarten stark verringert worden ist. Ob das Markensystem alle diese Nachtheile aufwiegt, ist mehr als zweifelhaft. Die Massenarbeit mit der „Abelpflicht“, die Anfertigung, der Verkauf, die Controle und Verwendung — alles sind nicht zu unterschätzende Erschwerungen. Endlich bleibt die Versicherungs-Anstalt beim Markensystem fortwährend in Unkenntlichkeit darüber, welche Zahlungen sie erhalten, welche Verpflichtungen sie übernommen hat, denn sie kann in keinem Moment feststellen, ob die ausgegebenen und verkauften Marken auch bereits verwendet worden sind.

Die Marken sind im übrigen behutsam Leistung der Beiträge zu kaufen und in die Quittungskarte einzukleben. Hierbei unterscheidet das Gesetz zwei Wege. Als Regel wird angeordnet, daß der Erwerb und das Einkleben der Marken Sache der Interessenten und zwar vornehmlich Sache des Arbeitgebers ist (nur bei unständigen Arbeitern ist eine Ausnahme gemacht). Ausnahmsweise kann aber bestimmt werden, daß das Einkleben der Marken gegen Vergütung durch Organe der Krankenkassen, Gemeindebehörden und örtliche Behörden erfolgen soll, welche dann ihrerseits die Beiträge vom Arbeitgeber einzuziehen haben. Wie sich das entwickeln wird, steht einstweilen noch ganz dahin; nur in einigen großen Städten würden die bestehenden Krankenkassen zur Zeit im Stande sein, den Anforderungen nach dieser Richtung zu genügen.

Jede Versicherungsanstalt hat für jede Lohnklasse eine besondere Marke, die Unterlassung rechtzeitiger Beibringung von Marken, sowie die Beibringung unrichtiger Marken ist unter Strafe gestellt, die unrichtigen Marken müssen berichtigt werden. Der Verpflichtete — der Regel nach also der Arbeitgeber — hat die Marken häufig bei den Postanstalten des Bezirks und anderen offiziellen Verkaufsstellen zu erwerben. Eine Entwertung der Marken ist einstweilen nicht beabsichtigt; nur bei den Aufnahmekarten ist behördliche Entwertung obligatorisch.

Jeder Versicherte endlich muß im Besitz einer auf seinen Namen lautenden Quittungskarte sein, event. hat sie der Arbeitgeber für Rechnung des Versicherten anzuschaffen. Die Quittungskarte hat Raum für ein Beitragss Jahr (47 Wochen) und ist umzutauschen, sobald sie mit Marken beklebt ist; jeder Versicherte ist jedoch berechtigt, auf seine Kosten den Umtausch der Quittungskarte jederzeit zu fordern. Diese Regelung ist eine dankenswerte Concession an die Arbeiterpartei, welche gegen jeden Missbrauch der Quittungskarte als Arbeitsbuches geschützt sein wollte. Die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten erfolgt in der Regel durch die Ortspolizeibehörden. Bei dem Umtausch werden die bis-

herigen Beiträge aufgerechnet; der Inhaber erhält hierüber eine Becheinigung und außerdem eine neue Quittungskarte, während die alte Karte an diejenige Versicherungs-Anstalt geliefert wird, in deren Bezirk die erste Karte für den Versicherten ausgestellt war. Eintragungen auf der Quittungskarte irgend welcher Art, welche mit dem Gesetz nichts zu thun haben, insbesondere Urtheile über Führung und Leistungen der Inhaber, sind bei schwerer Strafe verboten; Karten, welche dennoch decartige Vermerke tragen, sind behördlich zu erneuern.

Dies ist in großen Zügen der Inhalt des Gesetzes über die Invaliditäts- und Alters-Versorgung, welches auf Grund der inzwischen ergangenen kais. Verordnung endgültig mit dem 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten wird. Der Sprung in den „beleuchteten Abgrund“ soll wirklich ohne weiteres bestimmt gemacht werden. Mit Recht wird in der „Nation“ angefangen dieser Thatsache darauf hingewiesen, wie man vom liberalen Standpunkt lebhaft bedauern müsse, daß alle noch in jüngster Zeit geltend gemachten Bedenken unberücksichtigt verhakt sind, während man andererseits anerkennen müsse, daß es eine ungewöhnliche Leistung war, alle jene Schwierigkeiten zu überwinden, die dem Insleben treten des Gesetzes sich in den Weg stellten. Die maschinelle Exactheit des deutschen Beamtenthums hat sich also bewährt, um jene Formalitäten zu erledigen, welche für die schnelle Durchführung des Gesetzes unumgänglich waren; freilich eine offene Frage bleibt noch, bis zu welchem Grade diese vernichtlichen Vorarbeiten für die Praxis des Lebens genügen werden, und noch weniger läßt sich voraus sagen, wie groß andererseits jener Prozentsatz der Bevölkerung sein wird, der neue Schwierigkeiten schafft, indem er sich in die verschiedensten Vorschriften des Gesetzes zunächst überhaupt nicht hineinfinden vermag.

Deutschland.

* Berlin, 5. Debr. Der Kaiser hat, wie die „Hess. Morgen-Ztg.“ erfährt, seinen Besuch in Kassel für das nächste Jahr anmelden lassen. Der Kaiser wird das Schloß Wilhelmshöhe bewohnen und längere Zeit daselbst Aufenthalt nehmen. Die auf Wilhelmshöhe in Quartier liegende Abtheilung des Artillerie-Regiments hat bereits Ordre erhalten, daß sie für die Dauer des Aufenthaltes des Kaisers die Kaserne zu räumen hat, da der königliche Marstall daselbst untergebracht werden soll.

* Über die Rede des Kaisers in der „Schulfrage-Commission“ äußern sich die Berliner Blätter noch garnicht oder, wie es bei einer solchen persönlichen Auseinandersetzung des Monarchen natürlich ist, nur sehr zurückhaltend. Die „Volkszeitung“ sieht in der ganzen Rede „eine scharfe Anklage gegen das jetzige Gymnasium“ und „eine vernichtende Kritik der Gosler'schen Verwaltung“, trotz des diesem Minister vorher gespendeten Lobes. Das „Berliner Tageblatt“ sagt:

„Es ist jedenfalls ein erfreuliches Novum, den obersten Leiter des Staatswesens in so ausgesprochener und unverblümter Weise sein Interesse an den Fragen des höheren Unterrichts behunden zu sehen. Schon die Art, in welcher der Kaiser gleich im Eingang seiner Rede das undeutsche Wort „Schulfrage“ rügte, wird von denjenigen Männern im Unterrichtsministerium, die im Grunde ihres Herzens von einer „Schulfrage“ über-

selbe seit dem Regen der letzten Nacht noch nicht getrocknet waren. Drobien in der Wohnung des Bürgermeisterhauses wurde nämlich noch erst die Messe gelesen, bevor man zur Reise aufbrach. Auch während der weiten und beschwerlichen Fahrt hielt der fromme Sinn der damaligen Zeit an dieser Gelegenheit fest, indem ein geweihter und aus Bernstein tierisch gearbeiteter Tragalter, welchen man überall mitnehmen konnte, zu diesem Zwecke dienen mußte. Während die Anderen sich gar bald aus ihrer kneidenden Stellung erhoben, verharrete der schwarze Hans noch ein Weilchen auf dem Erdboden. Bei jeder Gelegenheit mochte er immer noch etwas Uebrigiges thun, und die vermehrte Andacht stand ihm eigentlich zu Gesicht. Als er endlich aufstand, zeigte es sich, daß er gerade in einer Wasserlache gekniet hatte. Darüber wurde er weidlich verspottet, denn von der frommen Stimmung war bereits kaum ein Wölkchen übrig geblieben. In dem Bürgermeisterhause nahm die gottesdienstliche Feier indeß ihren Fortgang, bis Caspar Schilling, welcher die Meise las, sein Amt verrichtet hatte. Dann hörte man viele Tritte von den Hintergängen, während die Sonne zwischen den Wolken hervorah und einen neugierigen Blick auf das Leben und Treiben warf. Um den ehrwürdigen Bürgermeister war so ziemlich die ganze Familie versammelt, ganz gleich, ob die Mitglieder derselben die Reise mitmachten oder daheim blieben. Der alte v. Güchten saß noch in seinem behaglichen Lehnsessel und ließ sich von seiner Hausfrau einen warmen Frühstück trinken. Herr Reinhold Feldsteine schien eifrig auf ihn einzureden, während Caspar Schilling sich troß des Juli-Monats bei der Morgenküche die mageren Hände rieb und unruhig in dem weiten Genach hin und her hastete. In einer Ecke stand Matthias Pielemann nebst seiner Hausfrau und Jungfer Anna verharrete in demütiger Stellung mit gesenktem Kopfchen vor dem strengsten Vater. Was die Drei vor ihrer Trennung — denn Matthias Pielemann wollte natürlich in Bromberg nicht fehlen — noch mit einander zu verhandeln hatten, war blutrovinig. An Järllichkeit hatte der stolze Kaufherr sein Weib und Kind bekanntlich niemals gewöhnt, und so gab es denn auch jetzt einen ziemlich frostigen Abschied.

Plötzlich klang in die derben Scherworte der Söldner und in das Gehrieche der Mägde hinein der helle Ton eines Glöckchens. Augenblicklich entblößten die Männer ihre Häupter, und Alles kniete auf dem Erdboden nieder, trotzdem der

haupt wenig wissen wollen, schwer empfunden werden. Auch der Nachdruck, den der kaiserliche Redner auf das „Rönen“ im Gegenzug zum „Rennen“ legte, die Verurtheilung des lateinischen Aufsatzes, die Herabziehung der Nothwendigkeit besseren Unterrichts im Deutschen und in der modernen Geschichte, das Verlangen nach einer Herabsetzung der Arbeitsbürode — alles das sind Dinge, die im Herzen der Nation ein beredtes Echo finden werden.“

Die „National-Zeitung“ bemerkt zu dem die Presse betreffenden Passus:

„Es steht dahin, ob die auf die Presse bezüglichen Worte des Kaisers richtig wiedergegeben sind. Wäre dies der Fall, so müßte angenommen werden, daß Sr. Majestät theilweise ungutstellende Berichte über die Verhältnisse im deutschen Zeitungswesen erststellt worden. Es gibt in diesem selbstverständlich, wie in allen Berufen, große Verschiedenheiten; zu den „Hungercandidaten“ gehören die deutschen Journalisten im allgemeinen so wenig, daß gar mancher höhere Staatsbeamte gern bereit ist, seinen Posten mit einer Stellung in der Presse zu vertauschen, wenn er eine solche erhalten kann. Und in Bezug auf ihre Leistungen kann die Presse, wie wir glauben, den Vergleich mit allen anderen Factoren unseres öffentlichen Lebens aushalten, obwohl sie, wie jeder von diesen, selbstverständlich im Einzelnen vielfachen Anlaß zur Kritik darbietet mag. Darf die Presse doch auch einem Theil des Verdienstes daran in Anspruch nehmen, wenn das Bedürfnis einer Reform des höheren Unterrichtswesens sehr so weit anerkannt ist, daß eine Verhandlung, wie die soeben begonnene, erforderlich geworden.“

Im übrigen wird man natürlich den Schluss der kais. Rede abwarten müssen, um ein abschließendes Urtheil fällen zu können. Nur einen Punkt möchten wir kurz streifen. Die Zustände im Geschichtsunterricht, wie sie nach des Kaisers Darstellung in Kassel herrschen, wo der Kaiser bekanntlich das Gymnasium besucht hat, müssen in der That traurige sein. Aber auf allen Gymnasien sind sie es nicht in ebensolchem Maße gewesen. Wir selbst haben auf dem Gymnasium recht gründlichen Unterricht über den siebenjährigen Krieg, der in Kassel „bereits außerhalb aller Betrachtung liegt“, über die französische Revolution und ebenso über die Freiheitskriege genossen. Bei uns — es war in Naumburg a. S. — schloß der Geschichtsunterricht ungefähr mit der Schlacht von Navarino. Das war freilich auch noch viel zu früh abgeschnitten, aber dies war vor 13 Jahren, und jetzt wird der Geschichtsunterricht laut Reglement sogar bis 1870/71 ausgedehnt, wenn es die Zeit irgendwo gestattet, so auch auf unseren Danziger Gymnasien.

Immerhin kann es nichts schaden, wenn man bei der Reform auf diesem Gebiete nicht von optimistischen Anschaulungen ausgeht. Um so gründlicher wird dann hoffentlich vorgegangen werden.

L. Berlin, 5. Debr. Auch den Schulbehörden in Hessen scheint es jetzt geboten, dem Antisemitismus entgegenzutreten. Seitens der Regierung in Kassel ist eine dahingehende Verfügung an die Kreisschul-Inspectoren ergangen, in der es u. a. heißt: Es sei der Regierung bekannt geworden, daß vielfach christliche Schul Kinder und erwachsenen Israeliten öffentlich verhöhnen und verspotten, und daß manche Lehrer in schwerer Verbindung gegen ihr Amt durch unzelmende Redensarten ihren Schülern gegenüber diesem Unfug Vorschub leisten. Ein derartiges Gebahren der Lehrer sei im höchsten

„Für dieses Mal will ich dir noch deinen Leichtsinne verzeihen“, ließ Herr Matthias Pielemann, zu seinem Töchterchen gewandt, seine Stimme vernehmen. Er möchte wohl einsehen, daß endlich eine Art Ausföhnung zwischen ihm und seinem Kinde stattfinden mußte. Das Reisen war damals beschwerlich und gefahrlich, und wer von den Seinen Abschied nahm, wußte nimmer, ob er dieselben wiedersehen.

Jungfer Anna beugte sich über die Rechte des Vaters und hauchte einen Kuß auf dieselbe. Etwas zu sagen fühlte sie sich nicht im Stande, und so verharzte sie in ihrem Schweigen.

„Leiderwerts will ich dir noch mittheilen“, fuhr Matthias Pielemann in seiner Rede fort, „daß du jetzt zu deiner Mutter in unser Haus zurückkehren darfst.“

Nach diesen Worten geschah etwas, worüber selbst der strengste Kaufherr ein wenig außer Fassung geriet, indem er solches nicht gewöhnt war. Vor Freude nämlich, daß sich ihr wiederum das Elternhaus erschloß, hing sich Anna um den Hals ihres Vaters und küßte ihn auf den Mund, welcher so mortkarg und schweigsam zu sein pflegte. Auch Frau Gertrud war über diesen Beweis von Järllichkeit erschrocken und blickte ängstlich nach der Stirn ihres Gatten, wo sich sonst die Wolken des Unmuths zeigten. Wider Erwarten ließ Matthias Pielemann die Liebkosung seines Töchterchens über sich ergehen und fügte nur noch hinzu;

„Doch Ihr mir aber fleißig das Haus hüten und nicht ohne triftigen Grund ausgehen! Dem Junker Moritz könnte man zutrauen, daß er sein Liebchen mit List oder Gewalt zu entführen sucht. Deshalb lasse ich euch den schwarzen Hans zum Schutz zurück. Und damit Gott befohlen!“

Diese Worte bildeten das Signal zum allgemeinen Aufbruch. Frau Barbara, des alten Bürgermeisters Gattin, ließ noch eilig durch die Mägde mehrere Körbe mit Schnüren auf das Wäglein schaffen, damit die Reisenden bis zur nächsten Herberge nicht Noth zu leiden brauchten. Dann ging es zu Pferde, wobei Matthias Pielemann einen ebenso sicheren und statlichen Reitersmann abgab als der Führer der Söldner selber. Der alte Bürgermeister aber, sowie Herr Reinhold Feldsteine, welcher wieder an seinem Gliederreihen Platz, nahmen auf dem Vordersitz des Wägleins Platz, während Caspar Schilling von dem

(Nachdruck verboten.)
Moritz Ferbers Brautwerbung.
Historische Erzählung aus Danzigs alten Tagen von Walther Domansky.

(Fortsetzung.) IX.

Ein trüber Juli-Morgen dämmerte heraus, und schon befand sich in dem Hause des alten Bürgermeisters v. Güchten alles in sieberhafter Thätigkeit. Denn heute wollte die Verwandtschaft der Jungfer Anna Pielemann gen. Bromberg aufbrechen, wohin der Bischof v. Leslau in der Heirathsgeschichte einen Termin ausgeschrieben hatte. Man war zu der Erkenntnis gekommen, daß der Official, Herr Nicolaus Schwichtenberg, die Sache doch nur in die Länge ziehen würde, und hatte daher fogleich an den Bischof selbst appelliert. Die weite Reise nach Bromberg wollte man nicht scheuen, zumal es Sommerszeit war. Überdies hatte der alte Bürgermeister für ein statliches Geleite gesorgt, was bei der damaligen Unsicherheit der Straßen sich als höchst nothwendig erwies. Hatte doch der gefürchtete Räuberhauptmann Gregor Matern zum Oesterreich der Stadt einen Fehde- und Absagebrief aus seinem „grünen Schlosse“ geschrieben und mit seinen Mordgefreiten diese Drohung auch durch allerlei Gräueltaten bekräftigt. So hielten sich denn vierzig berittene Söldner in der Langgasse vor Güchens Hause zum Aufbruch bereit, trotzdem der Morgen erst graute und am Himmel hier und da noch die Sterne erglänzten. Die marschgewohnten Kriegsknechte machten sich an ihren Pferden zu schaffen, und in ihrer Unterhaltung löscht manch derbes Wort mit unter. In ihrer Mitte hatten sie das Wäglein stehen, worin die an Alter oder sonstigen Gebrechen leidenden Herren der Reisegesellschaft fahren wollten. Augenblicklich sah noch eine seltsame Gestalt darin, welche allerlei Posse trieb und sich zeitweilig hinter den Vorhängen des Wagens versteckte. Es war der schwarze Hans, so benannt nach seinem kohlenschwarzen Haar, welches ihm wir um die Schläfe hing. Sein breites, rothes Gesicht sowie seine vierzehnjährige Gestalt wiesen zugleich die Kräfte eines Riesen und die Harmlosigkeit eines Kindes auf. Aus diesem Grunde hatte auch Herr Matthias Pielemann den schwarzen Hans dazu ausersehen, sein Haus zu hüten, so lange

Grade unpädagogisch und aufs schärfste zu missbilligen. Der Lehrer habe die Pflicht, jeden Fall strengstens zu bestrafen und die Kinder durch geeignete Lehre zur Duldung und Achtung Andersgläubiger zu gewöhnen.

* [In Sachen der Landgemeindeordnung] wird der Allgemeine Deutsche Bauernverein in nächster Zeit in Berlin eine Versammlung abhalten, um seine Wünsche in Bezug auf die Vorlage festzustellen.

* [Koch und Lucius.] Geheimrat Koch hat das ihm zugedachte Nationalgeschenk von einer Million Mark abgelehnt. So lautet die bis jetzt ohne Widerspruch gebliebene Mitteilung. Minister v. Lucius hat für eine Fideicommissgründung von acht Millionen Mark um Nachlass der gesetzlichen Stempfsteuer von 240 000 Mark gebeten und er ist ihm bewilligt worden. Welch ein ungeheuerer Gegensatz, bemerkt treffend hierzu die „Weser-Ztg.“, liegt in diesen einfachen Mitteilungen! Dort ein einfacher Gelehrter, dem die Welt viele bedeutende Entdeckungen und neuerdings eine solche von noch unabsehbarem Tragweite verdankt, hier ein Minister, der von seinen eigenen Gesinnungsgenossen schwerlich ein höheres Prädicat als das eines tüchtigen Mannes erhält. Dort ein Mann ganz beschleunigtem Wohlstande, hier einer, der schon vor seiner letzten Millionenerbschaft ein vielfacher Millionär war. Dort ein überaus ehrenvolles Geschenk, eine Anerkennung, die die Nation mit ungeheiter Freude und großem Stolze auf ihren Sohn ertheilten wollte, hier die Bitte um einen Steuernachlass, dessen Gesetzmäßigkeit bis jetzt trotz aller Provocationen noch nicht bewiesen worden ist. Das Ergebnis aus diesen Gegensätzen braucht man nicht zu ziehen; es liegt für jedermann auf der flachen Hand.

* [Zur Fideicommissstempelfrage des Herrn v. Lucius.] Die „Neumärk. Ztg.“ veröffentlicht folgende Zuschrift des Goldinischen Ritterschaftsrathes v. Cranach:

„Crazen, 3. Dezember 1890. Ad vocem der mit Recht angewiesenen Befreiung des verflossenen wunderbaren Ministers Lucius von dem durch Gesetz verordneten Fideicommissstempel gebe ich der verehrten Redaction ergebenst bekannt: daß ich unter Kaiser Wilhelm I. in den siebziger Jahren ein Fideicommiss aufgerichtet, aber trotz der Seiner Majestät zugeschobenen Vorliebe für solche Fideicommissstiftungen den dafür verordneten vollen gesetzlichen Stempel habe bezahlen müssen. Allerdings bin ich um die Niederschlagung des Stempels meinem Charakter entsprechend nicht eingekommen. Mag Lucas von Cranach.“

Was sagt Herr v. Lucius hierzu?

* [Berlins Bevölkerung.] Nach einer Mitteilung der städtischen Volkszählungs-Kommission hat die Zusammenstellung der vorläufigen Resultate der diesjährigen Volkszählung, welche von den Revier-Deputirten gemeldet sind, 1574 485 als Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung in Berlin ergeben. Bei der Volkszählung im Jahre 1885 ist eine Zahl von 1315 287 festgestellt worden, die Zunahme innerhalb der verflossenen 5 Jahren beträgt somit 259 198.

* [Zur Zuckersteuer.] Die Direction des landwirtschaftlichen Centralvereins der Provinz Sachsen ic. hat eine eingehende Vorstellung auch an den Kaiser direct geschickt, in welcher gebeten wird, daß die Gesetzvorlage betreffend die Aenderung der Zuckersteuer aufgehoben werde oder doch eine wesentlich andere, die Fortsetzung der Zuckerindustrie ermögliche Fassung erhalten.

* [Giz des Gouvernements in Ostafrika.] Nachdem Freiherr v. Soden vom 5. bis 7. Novbr. Bagamoyo und Dar-es-Salaam besichtigt, wurde letzterer Ort, wie die „Nat.-Ztg.“ aus Zanzibar meldet, zum Giz des Gouvernements bestimmt. Mit dem Bau der Regierungsbauwerke wird sofort begonnen; die Ruinen des alten Sultanpalastes werden zu diesem Zweck benutzt. Ein deutsch-englisches Consortium erhielt vom Sultan die Genehmigung zur Gründung einer Gesellschaft, die die Erbauung eines Docks, von Hafenanlagen und die Ausstrohung der im Süden der Stadt gelegenen Lagune beauftragt. Auf dem gewonnenen Boden werden neue Stadtteile angelegt werden.

Schmalen Rücksitz aus seine dünnen Beine zwischen die beiden vornehmen Männer klemmte. Indem setzte sich der ansehnliche Zug in Bewegung, und die Zurückbleibenden wehnten mit Tüchern zum Abschiedsgruß, bis das Langgasser Thor die Reisenden ihren Blicken entzog. Eben wollten die Frauen, und wer sonst noch zurückgeblieben war, sich in das Haus begeben, da erschien eine Gestalt an der Ecke des Rathauses. Es war Herr Gregor Melmann, welcher ehemals herankeudete. Aber leider war er zu spät gekommen, um an der Reise nach Bromberg noch Theil nehmen zu können. Wahrscheinlich hatte ihn Frau Emmerentia mit ihren spitzen Reden so lange aufgehalten, daß er nun richtig die Abfahrt verjäumte. Iwar würde ein junger, slinkler Geselle noch mit leichter Mühe den Reisenden nachgeilt sein. Aber Gregor Melmann konnte das bei seiner Fleißlichkeit nicht mehr wagen, und es schien auch just so, wie wenn die 20 000 Mauersteine zum Bau von St. Marien seine Füße hemmten, als er wahrnahm, daß der Aufbruch bereits erfolgt war. Was würde das nun wieder für Sticheien von Frau Emmerentia, seiner liebwerthen Ehehälfe, abgeben! Herrn Gregor Melmann graute es vor dem Spott und Hohn, und so leßt er denn schon willig den gutmütigen Scherz über sich ergehen, mit welchem ihn die Frauen auf dem Beifall des Bürgermeisterhauses willkommen hießen.

„Grüß Euch Gott, Gevatter Melmann“, rief Frau Barbara lachend, „Ihr habt Euch wohl Euer eigenes Wäglein bestellt, um gen Bromberg zu reisen.“

„Heimeswegs, Frau Bafe“, brummte der Angekladete, „das kommt davon, wenn das vertrakte Zipperlein Einen das Aufstehen so erschwert, sinnemal ein jeder Tritt am frühen Morgen die schönsten Schmerzen verursacht.“

„Nun, ein Frühauftreher seid Ihr wohl nimmer gewesen“, tröstete ihn Frau Cordula Felsfeste und reichte ihm hilfreich die Hand, während es die leise Stufe des Beifalls hingang. „Meinetwegen kommt Ihr den Morgenimbiss, welchen Ihr uns doch sicherlich zugedacht habt, gleich hier auf dem Beifall aufzutragen, Frau Bafe“, sagte Gregor Melmann zu der Bürgermeisterin gewendet.

Die alte Jutta wollte schon insgeheim die Hände ringen, denn ihr war das Auf- und Abtragen im Freien bis in den Grund der Seele wider. Iwar behauptete sie immer nur, daß etwa Fliegen oder sonstiger Unrat die Speisen verderben könnte, aber in Wahrheit war ihr das weitläufige Hin- und Hergehen zu beschwerlich. Indes schnitt Frau Barbara den

Essen a. d. R., 4. Dez. Der „Rhein.-Westfäl. Ztg.“ zu folge beschlossen Vertreter der Essener und Bochumer Zeichen, welche heute in Bochum versammelt waren, einstimmig die Gründung einer Kohlenverkaufs-Vereinigung auf Grundlage der Statuten und des Vertrags der Dortmunder Kohlenverkaufs-Vereinigung. Unterzeichnet waren 18 Vertreter von Zeichen mit 5 Millionen Tonnen Förderung.

Österreich-Ungarn.

* [Berunglückte polnische Auswanderer.] Aus Krakau wird berichtet: Bäuerliche Auswanderer aus Russisch-Polen verloren nachts bei Szczecin mit Kähnen auf galizischen Gebiet zu gelangen. Sie wurden von der russischen Grenzwache verfolgt. Drei Auswanderer, darunter ein Weiß, sind in die Weichsel gestürzt und ertrunken.

Frankreich.

Paris, 4. Dezember. [Deputirtenkammer.] Die Berufung über die Frage der Abstufung des Zinsfußes der Sparkassen wurde fortgesetzt. Mehrere Deputirte schlugen vor, die Frage der Budgetcommission zu überweisen, aber der Finanzminister Rouvier und der Ministerpräsident Freycinet beantragten, die Frage überhaupt zu vertagen, die Angelegenheit an eine Special-Commission zu verweisen und die Budgetberatung fortzusetzen. Hierauf stellten dieselben die Vertrauensfrage. Der Antrag der Regierung wurde mit 322 gegen 193 Stimmen angenommen.

England.

London, 4. Dez. Das Unterhaus nahm nach vierstündigter Debatte den Credit zur Abhilfe des Notstandes in West-Irland an. (W. L.)

London, 4. Dezember. In der Versammlung der irischen Deputirten wurde ein Comité ernannt, welches mit Gladstone und anderen liberalen Führern einen Meinungsaustausch darüber pflegen soll, ob in der künftigen Home-rule-Vorlage einem irischen Parlamente die Kontrolle der irischen Polizei und die Lösung der Bodenfrage eingeräumt wurde. Man glaubt, wenn die Ansichten Gladstones von der Majorität genehmigt würden, werde Parnell vor Beginn der morgigen Discussion zurücktreten. (W. L.)

Rumänien.

Bukarest, 4. Dez. [Deputirtenkammer.] Oscar Catargi verfasst eine Erklärung, wonach das fernere Verbleiben des Cabinets nach dem Zwischenfalle im Senat unmöglich sei. Der Ministerpräsident entgegnete, Catargi könne nur namens einiger persönlichen Freunde, aber nicht im Namen der conservativen Partei eine solche Erklärung abgeben. Nachdem Carp gegen Vencesco (oppositionell) gesprochen, wurde der Schluss der Debatte mit 74 gegen 48 Stimmen angenommen. (W. L.)

Reichstag.

35. Sitzung vom 4. Dezember.

Der preußische Minister für Landwirthschaft von Heyden ist zum Bundesratsbevollmächtigten ernannt.

Zweite Berathung des G.-E. betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem deutschen Reiche.

Abg. Stadttagen (Soc.) beantragt den zweiten Absatz des § 1, welcher bestimmt, daß Helgoland mit dem preußischen Staat vereinigt wird, zu streichen. Helgoland soll deutsch, nicht preußisch werden. Das Reich sei allein in der Lage, Schifffahrt und Fischerei in Helgoland zu unterführen. An Dänemark habe ich die Insel nicht ausliefern wollen; aber Hamburg hat früher schon die Schifffahrt über die Insel gehabt.

Staatssekretär v. Bötticher: Die wirtschaftlichen Beziehungen, welche zwischen Hamburg und Helgoland bestehen, geben noch keinen Anlaß, eine politische Verbindung zwischen beiden herzustellen. Die preußische Regierung wird vollständig im Stande sein, die Interessen der Insel wahrzunehmen und auch den Interessen der Schifffahrt und der Helgoländer Loofen zu dienen.

Abg. Baumbach-Berlin (frei): Das Gebiet der Insel ist ein so kleines, daß es zu Ablösbarkeiten führen würde, wollte man dafür eine besondere Verwaltung einrichten. Preußen wird ohnehin, auch wenn es die Insel seinem Verwaltungsapparat eingliedert, noch Opfer bringen müssen für die Erhaltung der Insel, deren Umfang bekanntlich mehr und mehr sich verkleinert.

Faden ihrer Besorgnisse ab, indem sie kurzweg erklärte:

„Für Euer Zipperlein ist das Siken draußen in der Morgenküche sicherlich nicht ratsam. Wollet Euch daher mit unserer Gesellschaft droben in der Wohnstube beginnen.“

„Ihr Frauen mögt es doch gar zu gerne bequem haben“, lachte Gregor Melmann und drohte mit dem Zeigefinger. Nachdem er so seiner Gewohnheit gemäß einen kleinen Streit vom Jaun gebrochen hatte, folgte er den Frauen in die oberen Räume des Hauses. Als man droben in der Wohnstube versammelt war, erfand sich, daß Herr Gregor Melmann richtig das einzige Mannbild unter den Frauenleuten war. Die übrigen Männer der Gippe, welche nicht die Reise mitmachten, hatten es vorgezogen, an ihr Tagewerk zu gehen. Dagegen konnten die Frauen es nicht über sich gewinnen, sich von einander zu trennen, ohne die Ereignisse des letzten Morgens gründlich durchgesprochen zu haben. Kaffee gab es damals freilich noch nicht, und diese beliebte Würze aller Frauenunterhaltung mußte man also entbehren. Dafür saßen die rustikalen Frauen der damaligen Zeit gerade so bei ihrem Warmbier wie die Männer, und Herr Gregor Melmann half ihnen fleißig, dem Getränk zuzusprechen. Überdies durschien die frisch gebadeten Kringel und Strümpel, mit welchen Frau Barbara aufwartete, gar zu läßlich, als daß man nicht hätte zulangen sollen. Jungfer Anna nahm an der allgemeinen Unterhaltung nicht teil, sondern stand hinter dem Stuhl der Mutter, indem sie glücklich den Arm um den Nacken derselben legte. Ihr war just so zu Muth, als ob sie von einer weiten Reise zurückkehrte und nun wieder allezeit ihr liebes Mütterlein vor Augen hätte. Freilich fiel ihr andererseits auch der Abschied von dem Hause des alten Bürgermeisters und sonderlich von Frau Barbara schwer. Denn dieselbe hatte ihr so viel Liebe und Treue erwiesen, als ob sie ihre leibliche Mutter gewesen wäre. Deshalb färbte sie auch leicht zusammen, als die Bürgermeisterin mit feuchten Augen zu ihr aufschauten und mit einer Stimme, welcher man die verhaltene Rührung anmerkte, begann:

„Nun wird mich mein Psegelöchterlein gar bald wieder verlassen, und dann bin ich von neuem in dem ganzen großen Hause allein, sobald der Hausherr abwesend ist.“

„Ihr habt ja noch den blonden Heinrich, Frau Bafe“, erwiederte Gregor Melmann lebhaft. „Sagt nur, wie steht es eigentlich mit dem Junker? Der soll ja der ärgste Weiberseind werden sein, welchen jemals die Sonne beschienen hat.“ (Forts. folgt.)

Der Zutritt Helgolands zum Bundesgebiete wird einstimmig, die Einverleibung in Preußen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Im übrigen wird der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Darauf folgte die nochmalige Abstimmung über den gestern nur schriftlich vorliegenden Antrag Richter auf Annahme der Wahl des Abg. v. Reden. Der Antrag wurde wie gestern angenommen.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung des Patentgesetzes.

Staatssekretär v. Bötticher: Eine Änderung gewisser Bestimmungen des Patentgesetzes hat sich in den industriellen Kreisen als notwendig fühlbar gemacht. Das Vorprüfungsvorfahren hat sich gut bewährt. Es gibt die Gewähr dafür, daß die Erfindung neu und praktisch auszunützen ist. Wenn wir das Anmeldeverfahren einführen würden, so würde der Wert des deutschen Patentes im Ausland sicherlich sinken. Die bisherige Organisation des Patentamtes hat sich als änderungsbedürftig herausgestellt, besonders der Umstand, daß mit Ausnahme des Präsidenten sämtliche Beamte des Patentamtes nebenamtlich angestellt sind. Es ist dadurch keine Gewähr gegeben für eine einheitliche Anwendung der Grundsätze. Ich glaube, der Entwurf trifft das Richtige, indem er die Anstellung im Nebenamt nicht bei allen Beamten ausschließt, sondern nur bei denen, welche die Anmeldungen zu prüfen und über die Angriffe gegen diese zu entscheiden haben, während die Prüfung der Beschwerden auch im Nebenamt zugäfft sein soll von Sachverständigen, welche im praktischen Leben stehen.

Abg. Goldschmidt (frei): Die Änderung des Patentgesetzes bedarfte ich als Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Wünschen der Industrie. Ich halte unser Vorprüfungsvorfahren für einen guten deutschen Patentgesetzgebung und freue mich, daß es beibehalten ist in dem vorliegenden Gesetz. Es muß aber an Stelle des administrativen Verfahrens, wie es jetzt herrscht, das richtlichere Verfahren treten beim Widerspruch gegen den Bescheid der Vorprüfungsbehörde. Es wird Aufgabe der Commission sein, § 4, welcher über die Rechte des Patentinhabers spricht, so zu fassen, daß besonders seitens der mechanischen Industrie nicht zu weitgehende Rechte in Anspruch genommen werden. Betreffe des Erfolgs der nichtständigen Mitglieder durch lebenslänglich angestellte Beamte fürchte ich, daß dieselben im Laufe der Jahre den Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung verlieren. Gegen die Einschränkung des Frist der Nichtigkeitserklärung fällt das negative Votum von Dr. Werner Siemens und anderen Industriellen schwer in Gewicht. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern.

Abg. v. Buol (Centr.) steht im ganzen auf dem Standpunkte der Vorlage. Einzelheiten würden in der Commission leicht geregelt werden können.

Abg. Hultzsch (Reichsp.) erkennt an der Vorlage besonders die Änderung der Organisation des Patentamtes als eine Verbesserung an.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) wünscht eine Commission von nur 21 Mitgliedern. Bedenklich ist dem Redner die Prüfung seitens des Patentamtes, ob es sich bei einer Anmeldung um eine wirkliche Erfindung handele; denn hier sei eine bestimmte Definition nicht möglich. Ein Fehler der Vorlage sei auch, daß bei einer Beschwerde über Zurückweisung von Patenten der Zurückgewiesene nicht vor die Beschwerdeinstanz zugelassen werden soll; dadurch könnte dieser unbillige Weise um sein Recht kommen.

Abg. Münch (frei) führt das Zurückgehen der Zahl der Patente in den letzten Jahren auf das mangelhafte Vorprüfungsvorfahren zurück. Hier müsse eine Änderung eintreten. Redner erklärt sich gegen den Erhalt nichtständiger Mitglieder durch ständige Beamte. Man müsse es der Industrie überlassen, die Vorprüfung vorzunehmen. Mit der Einschränkungsfrist für die Nichtigkeitserklärung erklärt sich Redner einverstanden; dagegen wünscht er eine Herabsetzung der Gebühren. Mit einer Enquete-commission erklärt sich Redner nicht einverstanden mit Rückfall auf die Schulenkommission, welche in der Weise zusammengefunden worden sei, daß der Minister sich eine Majorität schafft in einer Weise, daß gerade die um die Schulreform verdientesten Männer außer Acht gelassen worden seien. Was dem einen Minister möglich sei, warum sollte es ein anderer nicht auch thun können. (Heiterkeit.) Darum bittet Redner um Überweisung der Vorlage an eine Commission. (Beifall links.)

Die Vorlage wird einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Von der Marine.

Aiel, 4. Dez. Das Übungsgeschwader, welches in diesem Winter aus den 4 Panzerschiffen „Kaiser“, „Friedrich Karl“, „Deutschland“, „Preußen“ und dem Aviso „Pfeil“ besteht, wird im Sommerhalbjahr wieder aus 4 Panzerschiffen, einer Kreuzercorvette und einem Aviso zusammengestellt. Das Manövergeschwader wird im nächsten wie in diesem Jahre aus 4 Panzerschiffen und einem Aviso formiert, die Indiensthaltungszeit ist auf 5 Monate festgestellt. Die Panzerfahrzeugslotto wird im nächsten Sommer auf die Dauer von 5 Monaten in Dienst gestellt. Im Etatsjahr 1891/92 soll mit der artilleristischen Ummarmung der Panzerschiffe „König Wilhelm“, „Kaiser“, „Deutschland“, „Friedrich der Große“, „Gachsen“, „Bavaria“, „Baden“ und „Württemberg“ vorgegangen werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Auffstellung neuer Schnellfeuerkanonen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 5. Dezbr. Der Cultusminister v. Gohler leitete (wie schon in der gestrigen Abend-Ausgabe kurz berichtet, D. R.) die Debatte über das Volksschulgesetz durch eine längere, sein Werk empfehlende Rede ein. Zur Generaldebatte sind gemeldet 25 Redner für, 22 gegen.

Abg. Dr. Brüel (Centrumshospitant) konnte an dem Entwurf keine lobenswerte Seite entdecken. Die schwierigsten Fragen blieben ungelöst, der Versuch der Lösung bei den anderen sei mißlungen. Den Gemeinden werde schlechthin jedes noch gebildete Recht entzogen. Indirect bestreite der Entwurf alle Präsentationsrechte. Das gehe über das Postulat der Verfassung weit hinaus. Weber die Ordnung der Vermögensverhältnisse der Schulgemeinden noch die der confessionellen Frage und der Ertheilung des Religionsunterrichts könne auch nur die beschleierten Ansprüche befriedigen; nur durch Adoption der Principien des Windthorst'schen Schulantrages werde man in dieser Richtung wirklich weiterkommen. Thatsächlich laufe die Tendenz der Vorlage auf Stärkung der discretionären Gewalten der Unterrichtsverwaltung hinaus, wie eine große Anzahl charakteristischer Einzelvorchriften beweise und wie die Begründung offen zugestelle.

Abg. Seyffardt (nat.-lib.) begrüßte als Fortschritt den Aufbau der Volkschule auf dem Boden des Communalprincips, zumal, da es bezüglich der Mitwirkung der Gemeinden voraussichtlich beim Alten bleiben werde. Die Nationalliberalen würden an dem Entwurf eifrig mitarbeiten, für welchen eine Commission von 28 Mitgliedern niedergezogen

wäre. Hoffentlich werde es gelingen, ein gutes Volkschulgesetz zu Stande zu bringen, wenn sich der Einfluß der Geistlichen auf die Volkschule anders, als vorgeschlagen ist, gestalten werde; denn mit den übrigen Vorschriften des Entwurfs könne man im Ganzen einverstanden sein.

Berlin, 5. Dez. In dem Schlus der gestrigen Rede des Kaisers in der Schulkonferenz, den der „Reichsanzeiger“ heute veröffentlicht, ist noch Folgendes ausgeführt: Um den Ballast von denjenigen Schülern zu mindern, die nur die Berechtigung zum einjährigen Heeresdienst erlangen wollen, empfiehlt sich da, wo der Einjährige die Schule verlassen will, ein Examen einzuschließen und für die Real Schüler die Berechtigung zum Einjährigen von der Erlangung des Abgangszeugnisses abhängig zu machen. Grammatikalische Prüfungen seien nicht mit der Abiturientenprüfung zu verbinden, sondern ein oder zwei Klassen tiefer zu legen und daran die Prüfung der Einjährig-Freiwilligen anzuknüpfen. Nur durch Erleichterung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen könnte das Moment der Erziehung und der Charakterbildung wieder zur Geltung kommen; auch dürften nicht junge Leute Unterricht erhalten, bei denen der Charakter häufig selber noch der Ausbildung bedürfe. Das Schlagwort Hinpeters (des Lehrers des Kaisers): „Wer erziehen will, müsse selbst erzogen sein“, treffe von dem jetzigen Lehrpersonal nicht durchweg zu. Die erziehliche Thätigkeit des Lehrers sei Hauptzweck; es gelte, die jungen Leute für das jetzige praktische Leben vorzubilden. Unter Anführung von statistischen Ziffern über die Schülerzahl, wöchent

des Hauses angekommen waren, ergriff Siebrecht seine Sache und rannte auf die Straße. Die Verfolger entflohen, er fürzte ihnen nach, schlug die Frau Wieski und den Arbeiter Radolski, die ihn zurückhielten wollten, mit dem Eisenbaum zu Boden und verließ den Arbeiter Jaworski, der an der ganzen Sache garnicht beteiligt war, einen Sieg mit der Sache, welcher denselben sofort tödete. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schulden, worauf der Angeklagte zu 6 Jahren und 1 Monat Justizhaus verurtheilt wurde.

* [Personalien.] An Stelle des mit der Auftragsweise Verwaltung einer Regierungs- und Baurathsstelle in Marienwerder betrauten Hosenbauspectors Hummer ist der kgl. Regierungs-Baumeister Wilhelm zu Neufahrwasser mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Standamts Stuthof beauftragt worden. Der Kataster-Landmeister Herzberg hier selbst ist zum Kataster-Assistenten befördert und der kgl. Regierung zu Bogen zur Beschäftigung überwiesen.

[Polizeiverbot vom 5. Dezember.] Verhaftet: 7 Personen, darunter: 1 Schreiber wegen Diebstahls, 5 Obdachlose. — Geflohen: 1 goldene Damen-Cylinderuhr mit unechter Kette, 1 Kette enthalten 22 Meter Lau. — Gefunden: 1 Portemonnaie mit Inhalt; abzuholen von der königl. Polizei-Direction. — Verloren: ein kleiner Taschenmesser mit Schlüsselschale, Bleistift und Notenheizer; abzugeben an die kgl. Polizei-Direction gegen 3 Mk. Belohnung.

— Elbing, 5. Dezember. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Alterthumsvereins hielt Herr Professor Dr. Dorr einen Vortrag über seine Entdeckungsreisen und Geschenke. Redner hob hervor, daß in diesem Jahre keine Ausgrabungen hielten stattfinden können. Er habe aber in den großen Ferien verschiedene Entdeckungsreisen gemacht. Die erste Reise ging über Schönhaar nach Pr. Mark und von dort nach Rathendorf. Bei Pr. Mark auf dem Gute des Herrn Herzberg soll früher ein alter Kirchhof gewesen sein, aus welchem bereits mehrere Funde nach Danzig gewandert sind. Er wurden hier eine Steinkiste und mehrere Gräber aus der Hallstattzeit ausgegraben. Auch zwölf Silber- und Bronzemünzen aus der Zeit der dreifachen Thronen und Constantins des Großen wurden aufgefunden und befinden sich in der Sammlung des Herrn Lehrer Zinger zu Pr. Holland. Die zweite Tour wurde nach dem Haff unternommen. Hier fand man mehrere Scherbenstücke aus der neolithischen Zeit (200—300 v. Chr.). Außerdem wurde in Vogelsang noch ein seltener Stein, ein Bruchstück von einem alten Mahlstein, aufgefunden. Zum Schluss heilte Herr Dorr noch mit, daß zur Jubelfeier des Realgymnasiums eine Festschrift herausgegeben wird, wofür er eine Abhandlung über „Alterthumsforschung“ schreibt.

X. Tempelburg, 3. Dezbr. Erst vor wenigen Tagen brannte auf Abbau Lutzhain eine auf freiem Felde alleinstehende gefüllte Scheune vollständig nieder, und gestern Abend wurde schon wieder in Sosnowo die Feuerlöcher geöffnet, da ein Getreide- und ein Heustaken des Besitzers Jäschke auf dem Abbau in Flammen standen. Die nahegelegenen Gebäude, auf welche bei dem starken Winde das Feuer getrieben wurde, konnten durch die Thätigkeit der Sosnower Spritze gerettet werden. Demselben Besitzer wurden im vergangenen Jahr in einer Nacht fast sämtliche Obstbäume niedergelegt und seine Hunde lebend in den Brunnen geworfen. Jedemal ist das Feuer von denselben ruchlosen Händen angelegt worden.

WT. Königsberg, 4. Dezbr. Die Betriebsseinnahmen der ostpreußischen Gütbahn pro November cr. betragen nach vorläufiger Feststellung im Personenverkehr 66 405 Mk., im Güterverkehr 299 304 Mk., an Extraordinarien 12 587 Mk., zusammen 378 296 Mk. (gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres mehr 36 431 Mk.), im ganzen vom 1. Januar bis 30. November 3 669 314 Mk. (gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs weniger 709 664 Mk.).

V. Bromberg, 5. Dez. Gestern gab hier Pauline Jucca, die gefeierte frühere königliche Kammer-sängerin am Berliner Opernhaus, ein Concert. Der große Königsaal im hiesigen Schützenhaus war trotz der hohen Eintrittspreise von 5, 3 und 2 Mk. bis auf den kleinsten Raum gefüllt, so daß die Einnahme sich auf 4500 bis 5000 Mk. belaufen haben mag. — Die in Newyork ergriffenen Gebrüder Krojanek treffen am 7. d. M. hier ein.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 4. Dez. Der lästige, des dreifachen Mordversuches verdächtige 19jährige Chemiker Hans Hänsel aus Hermsdorf hat sich im Tiergarten erschossen. Es wurde in der Nähe von Aroll mit einer Schußwunde in der Nähe des Herzens die Leiche eines jungen Mannes gefunden, dessen Notizbuch und äußere Erscheinung es fast zweifellos erscheinen lassen, daß der Selbstmörder der Gesuchte ist.

* [Heilbarkeit der Diphtheritis.] Einen erfreulichen Ausblick auf die mögliche Heilbarkeit der Diphtherie eröffnet eine Abhandlung aus Raths hygienischen Institut, die soeben von dem Assistenten Stabsarzt Dr. Behring und Dr. Kitasato aus Tokio in der „Deutschen medizinischen Wochenschr.“ veröffentlicht wird. In dem Artikel, der „Das Zustandekommen

b. durch den öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts in Marienwerder,

c. durch die Danziger Zeitung,

d. durch die Danziger Allgemeine Zeitung,

und in Betrieb des Genossenschaftsregister:

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,

b. durch die Braudenz Zeitung

Der Gesellige,

c. durch die Danziger Allgemeine Zeitung,

erfolgen. (8496)

Nienburg, d. 2. Dezbr. 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das bei uns geführte Genossenschafts-Register werden wir im Jahre 1891 im Cösliner Regierungs-Amtsblatt,

im hiesigen Kreisblatt und

in der Danziger Zeitung

bekannt machen.

Mit der Bearbeitung der auf die Führung des Genossenschaftsregisters sich beziehenden Geschäfte ist Herr Amtsgerichtsrath Sternberg unter Mitwirkung des Herrn Secretair Aas beauftragt.

Lauenburg i. Pom., den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

In Vertretung:

v. Bötticher.

Zwangserhebung.

Das im Gründbuche von Gräflaboda, Band I, Blatt 2, auf den Namen des Jacob Konkel und der Frau und Julianne geborene Domröse-Wedowski'schen Eheleute eingetragene, im Kreise Lauenburg belegene Grundstück soll auf Antrag des Eigentümers Jacob Konkel in Gräflaboda, zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Wittgenbüren am 20. Februar 1891,

Mittwochs 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 22, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 230,29 M. Reinertrag und einer Fläche von 42,92,80 Hektar zur Grundsteuer, mit 225 M. Nutzungssteuer, zur Gebäudesteuer veranlagt. (8520)

Carlsruhe, d. 28. Novbr. 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Veröffentlichung der Eintragungen in die von den unterzeichneten Gerichten geführten Geschäfte werden durch den Herrn Amtsgerichtsrath Reißig unter Mitwirkung des Herrn Secretair

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen Staatsan-

zeiger, in der Berliner Sonnen-

zeitung und in der „Däninger

Zeitung.“

Die auf die Führung des Han-

delregisters stehenden Ge-

schäfte werden durch den Herrn

Amtsgerichtsrath Reißig unter

Mitwirkung des Herrn Secretair

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

ber Diphtherie-Immunität und der Tetenus-Immunität bei Thieren behandelt, heißt es: „Bei unseren seit langer Zeit fortgesetzten Studien über Diphtherie und Tetenus (Starkramps) sind wir auch der therapeutischen Behandlung und der Immunisirungfrage näher getreten, und bei beiden Infektionskrankheiten ist es gelungen, sowohl infizierte Thiere zu heilen, wie die gesunden derartig vorzubehandeln, daß sie später nicht mehr an Diphtherie bzw. an Tetenus erkranken.“ Auf welche Weise die Heilung und die Immunisirung zu erreichen ist, darauf gehen die Verfasser vorläufig nur so weit, als nötig ist, um die Richtigkeit des folgenden Sakes zu beweisen: „Die Immunität von Kaninchen und Mäusen, die gegen Tetenus immunisiert sind, beruht auf der Fähigkeit der zellenfreien Blutzusammensetzung, die toxischen (Giftigen) Substanzen, welche die Tetenusbacillen produzieren, unschädlich zu machen.“ Die Verfasser schließen ihre so bedeutsame Veröffentlichung mit den Worten: „Wir unterlassen es an dieser Stelle, aus unseren Resultaten diejenigen Consequenzen zu ziehen, die — wie sie sich für die Auffindung therapeutisch wirkamer Mittel schon jetzt fruchtbare erwiesen haben — vielleicht auch für die Behandlung des diphtheriekranken und des tetanuskranken Menschen nützlich werden können.“

* [Zimmermanns „Oberhof“] wird demnächst als Oper über die Bretter gehen. Der Leiter des Stuttgarter Hoftheaters, Intendant Dr. Riedel, hat den reizenden Dostojan zu einem Opernspiel verholt, zu welchem der Chordirector derselben Bühne, Schwab, die Musik schreibt.

* [Der Oddfellow-Orden in Deutschland.] Am 1. Dezember waren zwanzig Jahre verflossen, seitdem der Oddfellow-Orden von Amerika aus in Deutschland zur Einführung gelangte; denn im Jahre 1870 wurde an dem genannten Tage in Stuttgart die erste Oddfellow-Loge auf deutschem Boden gegründet. Seit dieser Zeit hat sich der Orden über Deutschland, wo er zur Zeit 53 Logen zählt, rasch verbreitet und von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewonnen.

* [Wer unterliegt dem Versicherungzwange?] Diese Frage beantwortet A. v. Wedell in seinem Buche „Die Invaliditäts-Versicherung“ in folgenden Verschen:

Aus dem großen Arbeitsheer,
Von den Alpen bis zum Meer,
Müssen wir zunächst vier Klassen
Einheitlich zusammenfassen:
Erstlich die in Stadt und Land
Schaffen mit der eignen Hand
— Die auf Röhnen oder Schiffen
Selbstverständlich unbegrißt —
Zweitens die gewaltige Masse
Der gesammten Dienstbotenklafe,
Von dem Mädchen, die für „alles“,
Bis hinab zur Magd des Stalles,
Räuberin und Lakai,
Rüttcher, Haushaupt, einerlei.
Drittens dann der Handwerkstand,
Jeder, welcher Stellung fand
Als Gehilfe und Geselle,
Musik heran auf alle Fälle.
Viertens, auch dem Kaufmannstand
Reicht der Staat die Reitter.
Handlungsschule und Commiss,
Alle, alle „müssen“ sie.
Wenn ihr Lohn nicht allzu stark:
Schäfts bis zweitausend Mark.
Ebenso auch die gesammten
Besseren Betriebsbeamten:
Wer 200 Mark pro Mond,
Bleibt auch hier vom Zwang verschont.
Nur der Zukunfts-Apotheker
Drückt sich — der kleine Schäfer,
Halb Commiss und halb Studente —
Er verzichtet auf die Rente. . .

Wien, 4. Dezember. Professor Billroth stellt sämmtliche bisher in seiner Klinik nach Röhrs Methode behandelten Patienten vor und äußerte sich über die erzielten Heilresultate sehr günstig; der diagnostische Werth des Röhrschen Heilmittels sei absolut nicht mehr anzuzweifeln, es handle sich nur darum, die Injektionen fortzusetzen, um endgültige Resultate zu erzielen.

Wien, 3. Dezember. Frau Rosa Papier, welche durch nahezu 15 Jahre am Operntheater das Fach der ersten Altpfeife in hervorragender Weise vertrat, scheidet mit Ablauf der Saison aus dem Verbande dieses Instituts.

Copenhagen, 3. Dezember. Henrik Ibsens neues vieraktiges Schauspiel „Hedda Gabler“ wird in vierzehn Tagen erscheinen, gleichzeitig in deutscher, englischer, französischer, italienischer und ungarischer Uebersetzung.

Standesamt vom 5. Dezember.

Geburten: Arb. Franz Markowski, 2. — Kellner Wilhelm Scheel, 3. — Arbeiter Wilhelm Gabel, 4. — Majordom Johann Jakob Freitag, 5. — Schiffsgekell Friedrich Eduard Manzen, 6. — Schuhmachergekell Gottfried Radzionowski, 7. — Schuhmachergekell Johann Lewandowski, 8. — Gärtner Rudolf Lopel, 9. — Kaufmann Wilhelm Machnitz, 10. — Arbeiter Johann Gustav Wöhl, 11. — Aufseher Johann Sommerfeld, 12. — Schneidergeselle Franz Borrman, 13. — Arbeiter

b. durch den öffentlichen Anzeiger des Regierungs-Amtsblatts in Marienwerder,

c. durch die Danziger Zeitung,

d. durch die Danziger Allgemeine Zeitung,

und in Betrieb des Genossenschaftsregister:

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen Staatsanzeiger,

b. durch die Braudenz Zeitung

Der Gesellige,

c. durch die Danziger Allgemeine Zeitung,

erfolgen. (8496)

Nienburg, d. 2. Dezbr. 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in das bei uns geführte Genossenschafts-Register werden wir im Jahre 1891 im Cösliner Regierungs-Amtsblatt,

im hiesigen Kreisblatt und

in der Danziger Zeitung

bekannt machen.

Mit der Bearbeitung der auf die Führung des GenossenschaftsRegisters sich beziehenden Geschäfte ist Herr Amtsgerichtsrath Sternberg unter Mitwirkung des Herrn Secretair Aas beauftragt.

Lauenburg i. Pom., den 1. Dezember 1890.

Königliches Amtsgericht.

In Vertretung:

v. Bötticher.

Bekanntmachung.

Die im Artikel 13 des Allgemeinen Deutschen Handelsregisterbuchs vorgeschriebenen Bekanntmachungen werden wir im Jahre 1891

erlassen;

in dem Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

b. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

c. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

a. durch den Deutschen Reichs-

und Königlich Preußischen

Staatsanzeiger,

a. durch den Deutschen Reichs-

</div

Aufruf

an die Angestellten und Arbeiter der Zuckerindustrie.

Dem Reichstage liegt ein neues Zuckersteuergesetz vor. Gelingt dasselbe zur Annahme, so wird der grössere Theil der Zuckerkonföderation zu Grunde gehen und die übrig bleibenden kaum mehr in der Lage sein, die bisheigen Gehälter und Löhne bezahlen zu können. Es gilt also mit aller Energie gegen dieses Gesetz zu protestieren, wenn nicht hunderttausend Arbeiterfamilien ihr Elend kommen sollen. Eine Petition an den Reichstag, das Gesetz abzulehnen, ist an alle Zuckerkonföderationen des deutschen Reichs versandt. Unterzeichnet alle diese Petitionen! Eile tut Noth!

Dem Proteste von über hunderttausend in ihrer Existenz ernstlich bedrohten Arbeitern wird der Reichstag sein Ohr nicht verschließen.

Als Angestellte der Zucker-

industrie:

R. Kuhl,

Bernhard Böcker.

Als Arbeiter der Zucker-

industrie:

Michael Kieven,

Mich. Müller.

Während des Winters

an jedem

Sonnabend

nach

Bromberg,

Thorn

Sammelladungen.

Güterzuweisung erbitten

Gebr. Harder.

Nach Königsberg

abet hier Dampfer

„August“

Capt. Delfs, am 8. cr.

Güteranmeldungen bei 18558

Ferdinand Prowe.

Am Sonnabend expedieren wir

Sammelladungen

nach

Bromberg u. Thorn.

Güterzuweisungen erbitten

Dampfer-Ersatz

„Fortuna“. (8401)

Loose

zur Kölner Domhau-Lotterie

a 3 M 50 S in der

Ersatzdition d. Danziger Zeitung.

Mark 1 Mark

hostet ein Loos der

Weimar-Lotterie.

Ziehung am 13.-16. De-

zember cr.

150 000 M. W.

kommen zur Verlosung.

J. Eisenhardt,

Berlin C. Kaiser-Wilhelm-

straße 49. (7802)

Dort u. Liste 30 S.

Baldender Gefecht

für die Herren Baumwitzer und

sontige Baubewilligungen.

Im unterzeichneten Verlage er-

gden sieben in schöner Aus-

stattung:

Herr Baumwitzer.

Eine nachgelassene Schrift

von

Schirmacher, Reg.-Baumwitzer.

Preis 1.80 Mark.

Der Ingenieur.

Ein Gedicht von Schirmacher.

Reg.-Baumwitzer.

Preis 1.60 M.

Danzig.

Verlagsbuchhandlung

von

A. W. Kafemann.

Gänse, Enten,

Hasen, Ruten

in großer Auswahl bei

18556

Emil Hempf.

112. Hundegasse 112.

Sehr schöne fette

Enten

u. Capaunen,

Gänsekeulen in Selee,

empfiehlt

(8470)

Magnus Bradtko.

Marzipan-Mändeln,

sehr schöne große Frucht,

Gießner Puderzucker,

Rosenwasser,

Citronenöl,

Succade,

Orangeat,

Früchte zum Belegen

von Marzipan

empfiehlt billig

Gustav Hantzsch,

Langfuhr Nr. 78/79.

Marbelmühlen stehen meiner

werten Kundenchaft zu gefälliger

Benutzung.

(8343)

8. Brodbänkengasse.

In meiner Lieberlage empfiehlt

täglich frische feinste Centrifugen-

butter u. 1/2 kg 1.20 M. 1.30 M.

Germelbutter u. 1/2 kg 1.40 M. 1.50 M.

Leber-

trüffel u. 1/2 kg 1.50 M. Blumurt u. 1/2 kg

2 pomm. Butter u. 1/2 kg 1.80 M.

garantie für nur reine u. keine

Waare, da alle Sorten nur in

meiner Meterei angefertigt werden.

(7431) G. Neves.

Stoffbaham,

langjährig bewährtes

Mittel,

in Ar. à 25. 50. & u. 1 M.

empfiehlt

Albert Neumann,

Langen Markt 3.

Aufruf

an die Angestellten und Arbeiter der

Zuckerindustrie.

Dem Reichstage liegt ein neues Zuckersteuergesetz zur Genehmigung vor. Gelingt dasselbe zur Annahme, so wird der grössere Theil der Zuckerkonföderation zu Grunde gehen und die übrig bleibenden kaum mehr in der Lage sein, die bisheigen Gehälter und Löhne bezahlen zu können. Es gilt also mit aller Energie gegen dieses Gesetz zu protestieren, wenn nicht hunderttausend Arbeiterfamilien ihr Elend kommen sollen. Eine Petition an den Reichstag, das Gesetz abzulehnen, ist an alle Zuckerkonföderationen des deutschen Reichs versandt. Unterzeichnet alle diese Petitionen! Eile tut Noth!

Dem Proteste von über hunderttausend in ihrer Existenz ernstlich bedrohten Arbeitern wird der Reichstag sein Ohr nicht verschließen.

Als Angestellte der Zucker-

industrie:

R. Kuhl,

Bernhard Böcker.

Als Arbeiter der Zucker-

industrie:

Michael Kieven,

Mich. Müller.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein.

Gegründet 1875.

Juristische Person. — Staatsoberaufsicht.

Filialdirektion: Anhaltstraße 14.

Stuttgart.

Generaldirektion: Uhlandstraße 5.

Wichtig für jeden Hausbesitzer!

Die Haftbarkeit des Hausbesitzers für die pekuniären Nachtheile, welche dadurch entstehen können, dass vorübergehende oder im Hause verkehrende Personen von einem Körperlichen Unfall betroffen oder doch durch die Schuld des Hausbesitzers wertvolle Gegenstände zerstört oder beschädigt werden, erfordert in neuerer Zeit weit höhere Beachtung als früher, weil sich die Fälle täglich mehrern, in welchen Hausbesitzer durch rücksichtlose Entfernung zur Zahlung bedeutender Entschädigungssummen am Beschädigte verurtheilt werden. Ein Schutz gegen diese Gefahren bietet die

Haftpflicht - Versicherung

des Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Vereins in Stuttgart.

Diese Versicherung wird von den Vorständen des Hausbesitzer-Vereins angelegetlichst empfohlen; sie ist mit kaum nennenswerten Kosten verbunden, indem die Jahres-Prämie für Körperverletzung pro 1000 M. des Meitserrägnisses nur 1.—2 M. beträgt.

Am 1. Januar 1890 bestanden in sämtlichen Abteilungen des Vereins 60 096 Versicherungen.

Prospekte und Versicherungsbedingungen werden samohl von der Direction als sämtlichen Vertretern des Vereins stets gratis abgegeben.

Zur Gewinnung von Mitgliedern werden in allen Städten weitere Agenturen errichtet und mögen hier beiderthalb gelt. an die Generaldirektion wenden.

Die Subdirektion für Ost- und Westpreußen in Danzig: Wall 20, Kopengasse 23.

Mühlen - Verkauf.

Erbtheilungshälfte ist die zu Wenditz bei Weihenfelde belegene Saalemühle, bestehend aus Mahl- und Schneidemühle, nebst 60 Morgen Feld und Wiese, baumäßig zu verkaufen. Die Wasserkräft beträgt 100 Pferdestärke und ist eine der aushaltbarsten an der Saale, so das Betrieb durch Hochwasser fast keine Störung erleidet. In Folge einer günstigen Lage — kaum 10 Minuten von einer sehr gewaltigen und industriellen Stadt entfernt — eignet sich das Grundstück auch in jeder anderen Fabrik anlage, namentlich elektrischer Kraftwerkzeugung und Holzleiterwerke. Die Bedingungen werden in colonierter Weise gestellt. Nähert Auskunft ertheilen Paul Tittel, Mühl. Laucha (Anstrit), sowie Herr Rechtsanwalt und Notar Braun, Weihenfelde a. G. (7994).

In einer Kreisstadt Westpreußen

in einer seit dem Jahre 1848 bestehende amtliche Kreisblatt-

Druckerei, sowie Buch- und Papierhandlung etc. wegen Zobelsfalls sofort billig zu verkaufen.

Refraktanten wollen sich an die Exped. dieser Zeitung unter Nr.

3330 wenden.

Ich hab die mein in Tuchel

gel. Grundstück m. herl. ausgeb.

Wohnhaus nebst Stall, grob.

Platz 12, zu verk. Preis 19 000 M.

b. 4—5000 M. An. Rab. um. G.

K. 295 in May Berliner Annoncen-

ber. Berlin-Potsdamerstr. 130.

Meyers Conversations-Lexi-

kon, 4. Auflage, vollständig neu,

ist Umstände halber billig zu verkaufen. Näheres Lippstädte Nr. 30/31. (8549)

Wer lebt einer jungen Dame

auf ein sicheres Gele, gegen hohe Zinsen 300 M. Adressen

postlagernd A. W. 100.

Champagner!

Eine ältere, renommierte deutsche Sekt-Sellerei, bietet einem strebsamen, cautious-fähigen Kaufmann Gelegenheit für Danzig ein Commissionslager in

Schaumweinen

zu errichten, wovon die billigste Qualität sich auf

Ma. 1.1